

Deutsche Bank AG
Generalsekretariat
60262 Frankfurt am Main

Email: corporate.secretariat@db.com
Fax: 069 910-85560



Köln, 11.05.2011

Gegenanträge des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre zur Hauptversammlung der Deutschen Bank am 26. Mai 2011

Gegenantrag zum Tagesordnungspunkt 3

**Entlastung der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2010:
Die Mitglieder des Vorstands werden nicht entlastet.**

Begründung

I.

1. Verstrickung in die Finanzierung der Atomindustrie

Der Unfall in dem Atomkraftwerk Fukushima führt der Welt die Unbeherrschbarkeit der Atomenergie vor Augen. Konzernvorstand Joseph Ackermann gehört zu den stärksten Befürwortern der Atomindustrie. Als einziger Vorstand einer deutschen Großbank hat er den energiepolitischen Appell für Laufzeitverlängerungen im letzten Jahr unterzeichnet. Auch in der Praxis unterstützt die Deutsche Bank zahlreiche führende Atomunternehmen weltweit: In den letzten zehn Jahren hat die Deutsche Bank Finanzdienstleistungen im Umfang von 7,8 Mrd. Euro an die Atomindustrie weltweit getätigt und nimmt damit unangefochten den Spitzenplatz unter den deutschen Bankhäusern ein. Sogar das japanische Atomunternehmen TEPCO gehört seit Jahren zu den Kunden der Bank. Trotz zahlreicher Berichte über Sicherheitsprobleme in TEPCO-Atomanlagen in Japan hielt die Deutsche Bank bis zuletzt an diesem Skandalkunden fest. Mit verheerenden Folgen, wie die Atomkatastrophe in Japan nun zeigt: auf der Jagd nach der größtmöglichen Rendite war die Deutsche Bank auch bereit, die Gesundheit von Millionen Menschen aufs Spiel zu setzen.

2. Finanzierung von Streumunitionsherstellern

Seit Jahren betont die Deutsche Bank, dass sie „ausdrücklich in keinerlei Transaktionen mit Personen-Landminen, Streumunition oder ABC-Waffen involviert“ sein will. Nach aktuellen Recherchen unterhält die Deutsche Bank aber noch immer Geschäftsbeziehungen zu Streubombenhersteller wie z.B. Textron oder Singapore

Technologies Engineering. Erste Banken haben begonnen, diesen Unternehmen die Unterstützung zu entziehen, auch die Deutsche Bank-Tochter DWS hat sich nach Kundendruck aus diesem Geschäft verabschiedet. Konzernchef Ackermann jedoch schweigt weiter und weigert sich, sich öffentlich und konzernübergreifend aus dem Geschäft mit dieser perfiden Waffe zu verabschieden. Dabei ist jeglicher Umgang mit Streumunition völkerrechtlich verboten, was jegliche Unterstützung der Herstellung einschließt. Ein erheblicher Prozentsatz explodiert nicht bei deren Einsatz, sondern verbleibt als tickende, minenähnliche Zeitbombe. Etwa 100.000 Opfer hat Streumunition bis heute gefordert.

II.

Die Deutsche Bank ist durch ihre Geschäftspraktiken in der Subprime-Immobilienkrise verantwortlich für die Vernichtung von sozialem Kapital in Milwaukee im US-Bundesstaat Wisconsin.

Die Deutsche Bank hat in die Verkäufe von zweitklassigen Hypotheken investiert, hat diese als CDOs (forderungsbesicherte Schuldverschreibungen) verpackt und diese an ihre eigenen Kunden verkauft. Dann erhielt die Deutsche Bank Geld von AIG, die diese wertlosen Finanzvehikel versichert hatte.

Dies war ein Teil der Strategie der Deutschen Bank, eine globale Investmentbank zu werden. Seit damals sind diese Investitionen schief gegangen, und die Deutsche Bank ist der Treuhänder oder Eigentümer von Tausenden zwangsversteigerten, leer stehenden Immobilien in den Vereinigten Staaten.

In Milwaukee und quer durch die Vereinigten Staaten haben diese Immobilien einst gut funktionierende Nachbarschaften verschandelt und den Wert von Grundstücken und Häusern, die verantwortungsvollen und dort seit langem wohnenden Bürgern gehören, nach unten getrieben.

Vor einem Jahr nahmen zwei Vertreter von Southeast Wisconsin Common Ground an der Hauptversammlung der Deutschen Bank teil und forderten von dieser, ihre Verantwortung für die Zwangsvollstreckungen zu übernehmen. Die beiden Vertreter baten darum, ein Treffen zwischen Common Ground und Mitarbeitern der Deutschen Bank in Milwaukee zu organisieren, um gemeinsam eine Lösung für das Problem zu finden. Auch wenn ein Treffen inzwischen stattgefunden hat, müssen wir leider feststellen, dass die Ergebnisse der Gespräche sehr enttäuschend sind:

1. Die Mitarbeiter der Deutschen Bank beharren nach wie vor darauf, dass die Bank lediglich die Rolle des Treuhänders für zwangsvollstreckte Immobilien inne hat und sie dadurch keinerlei Verantwortung trägt. Die Deutsche Bank verweist auf ihre Forderungsverwalter als verantwortliche Instanzen für den Erhalt der leer stehenden Immobilien. Bei einem Treffen mit Common Ground und Mitarbeitern der Stadt Milwaukee im vergangenen Sommer versprach die Deutsche Bank, mit den Forderungsverwaltern zusammen zu arbeiten, um Immobilien instand zu halten. Fakt ist jedoch, dass die Häuser nach wie vor in baufälligem und verkommenem Zustand sind.

2. Common Ground bat die Deutsche Bank, zu Reinvestitionsplänen für die Viertel in Milwaukee beizutragen, die von den Zwangsvollstreckungen betroffen sind. Im Oktober 2010 stimmte die Deutsche Bank öffentlich zu, die Vorschläge von Southeast Wisconsin Common Ground zu berücksichtigen und sich mit Common Ground zu treffen, um sie zu diskutieren. Im Mai 2011 haben jedoch Deutsche-Bank-Mitarbeiter die Verantwortung für die Zwangsvollstreckungen von sich gewiesen und angegeben, dass sie nichts tun könnten, um Milwaukee zu helfen.

Gegenantrag zum Tagesordnungspunkt 4:
Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2010:
Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden nicht entlastet.

Begründung

Der Aufsichtsrat hat es versäumt, den Vorstand bei seiner Geschäftstätigkeit zu überwachen.

Die Leugnung von Tatsachen und die Ablehnung von Verantwortung im Zusammenhang mit der Subprime-Krise durch den Vorstand der Deutschen Bank (siehe TOP 3) lässt an der Glaubwürdigkeit der Bank Zweifel aufkommen und führt zu einem beträchtlichen Reputationsschaden.

Der Aufsichtsrat sollte über eine Neubesetzung des Vorstands nachdenken, da der Vorstand für folgende gegen die Deutsche Bank eingereichten Klagen verantwortlich ist:

1. Das US-Justizministerium hat am 03.05.2011 gegen die Deutsche Bank eine Klage über eine Milliarde Dollar aufgrund einer unverantwortlichen Darlehensvergabe durch die Mortgage IT verhängt.

2. Die Stadt Los Angeles verklagt die Deutsche Bank für das Missachten der Sorgfaltspflicht gegenüber ihren Immobilien. Als Treuhänder der Immobilien ist die Bank Eigentümer und deswegen verantwortlich für die Instandhaltung dieser Immobilien und auch dafür, dass die städtische Vorschriften eingehalten werden.

3. Ein Unterausschuss des US-Senats geißelte in einem Bericht im April 2011 die Deutsche Bank für ihre wertlosen CDOs. Der Bank war bewusst, dass diese Investitionen riskant und wertlos waren; ihr eigener Wertpapierhändler bezeichnete solche Anlageinstrumente als „Dreck“ und „Schweine“.

4. Im Februar 2011 hat die United Kingdom's Financial Services Authority die Deutsche Bank Pfandbriefe mit einer Strafe von 840.000 Pfund und 1,5 Million Pfund als Strafe für ihre unverantwortliche Kreditvergabe belegt.

5. Im März 2011 hat der Bundesgerichtshof die Deutsche Bank für schuldig befunden, ihrer Aufklärungspflicht über die Risiken von komplexen Swap-Geschäften, gegen die sie selber gewettet hat, nicht nachgekommen zu sein.

Diese unterschiedlichen und anscheinend voneinander unabhängigen Fälle addieren sich zu einem breiten Muster von Rücksichtslosigkeit und Fehlern des

Treuhänders. Im Streben, ein globaler Investment-Gigant zu werden, hat die Deutsche Bank ihre Kunden großen Risiken ausgesetzt. Mit ihren Geschäftspraktiken hat sie ihre Bankkunden betrogen, Gemeinden zerstört und amerikanische Steuerzahler belastet. Es ist Zeit für die Deutsche Bank, ihre Dementis zu stoppen und Verantwortung für ihr Handeln zu übernehmen.

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre fordert im Auftrag von Common Ground:

1. dass die Deutsche Bank Entschädigungen an die Gemeinden leistet, die sie zerstört hat;
2. dass die Deutsche Bank als verantwortlicher Treuhänder handelt und in Milwaukee reinvestiert.



Markus Dufner
Geschäftsführer
Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre e.V.